

VORAN!

Jahrgang 3
Nr 10

zur sozialistischen demokratie

ÜBERREGIONALE MARXISTISCHE ZEITUNG FÜR SPD, JUSOS UND GEWERKSCHAFT

Juni/Juli
50Pf

LEBENSSTANDARD BEDROHT!

ENTLASST DIE BOSSE - NICHT DIE ARBEITER!

Mitten in der schwersten Krise seit Kriegsende erfahren die Arbeiter, Angestellten und Jugendlichen, daß die Zeit der "inneren Reformen" endgültig vorüber ist. Millionen von Familien, die in Existenzsorge leben und sich auf allen Gebieten einschränken müssen, wissen nun, wie die "bessere Zukunft" aussehen wird.

Der seit Monaten erwartete Aufschwung wird nicht, wie es immer versprochen wurde, die Angriffe auf den Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung zum Ende bringen - im Gegenteil:

Nicht nur die Einkommen, für die die Arbeiter geschuftet haben, oft Freizeit und Gesundheit opfern und hart kämpfen mußten, sollen gestutzt werden - auch die errungenen sozialen Leistungen, die ja auch nur unter zähem und nachhaltigem Druck erreicht wurden, sind wieder in Frage gestellt. In einem Land, wo sich immer noch 4 1/2 Millionen Wohnungen in menschenunwürdigem Zustand befinden, wo Kindergärten, Schulen und Hochschulen überquellen, wo vor allem Alte am Rande des Existenzminimums leben und wo die Gesetzgebung diejenigen noch begünstigt, die ihr Schäfchen im Trockenen haben, steht nun wieder sozialer Rückschritt an.

Wie Hohn und Spott klingt es in den Ohren all dieser auf Reformen Wartenden, wenn die Bundesregierung nun erklärt, daß alle Anforderungen an ein menschenwürdiges Dasein "überzogene Forderungen" seien.

"Die Bundesbürger müssen sich darüber klar sein, daß zumindest für einige Zeit die Grenze der sozialen Leistungskraft des Staates erreicht ist." (Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs)

"Die Anspruchsinflation an den Staat zurückzuschrauben ist das zentrale Thema der nächsten Jahre." (Friderichs)

Finanzminister Hans Apel (SPD) hat nun endlich nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen klargemacht, daß auch ein Aufschwung, der letzte Strohalm, an den sich die SPD geklammert hatte, nicht die Probleme der arbeitenden Bevölkerung lösen wird.

"Sobald die Konjunktur wieder nach oben geht, kann sich der Staat nicht mehr in der derzeitigen Größenordnung verschulden. Dann muß man unabhängig von Wahlterminen über Steuererhöhungen entscheiden. ... Wenn es uns wieder besser geht, dann werde ich im Kabinett höhere Steuern beantragen" (Bundesfinanzminister Hans Apel).

Das kann nur heißen, die Arbeiter und Angestellten noch stärker zur Kasse bitten!

Bei steigenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen hat sich das Defizit des Bundeshaushalts drastisch vergrößert.

In den ersten vier Monaten dieses Jahres gab der Staat 24,5% mehr aus als im Vergleichszeitraum 1974, während er 2% weniger einnahm. Das Steueraufkommen 1975 wird um 10 Mrd. niedriger sein als das Aufkommen 1974. Für dieses Jahr wird ein Defizit des Bundes von 30 Mrd. DM erwartet, 1976 soll das Defizit noch darüber liegen. Allein die Arbeitslosigkeit hat zusätzliche 6,2 Mrd. gekostet.

Wenige Monate, nachdem die vielgepriesene Steuerreform in Kraft getreten ist, wissen nun diejenigen, die davon profitierten, daß sie sich nicht mehr lange ihrer Vergünstigungen erfreuen können. Es liegt nun klar auf der Hand, daß der versprochene und beschworene Aufschwung - der immer noch ausbleibt - keinesfalls den angegriffenen Lebensstandard und die soziale Sicherheit der Bevölkerung verbessern wird - im Gegenteil: Höhere Steuern, Reformstopp und Abbau von Sozialleistungen stehen auf der Tagesordnung. Kapitalistische "Stabilitätspolitik" wird voll und ganz auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten ausgetragen.

Während Hans Apel die angebliche Notwendigkeit von Steuererhöhungen und Kürzungen des Staatshaushalts begründete, sah er sich einem weiteren Druck ausgesetzt: Die führenden Vertreter des Kapitals gaben unmißverständlich zu verstehen, daß sie nicht bereit sind, Steuererhöhungen mitzutragen.

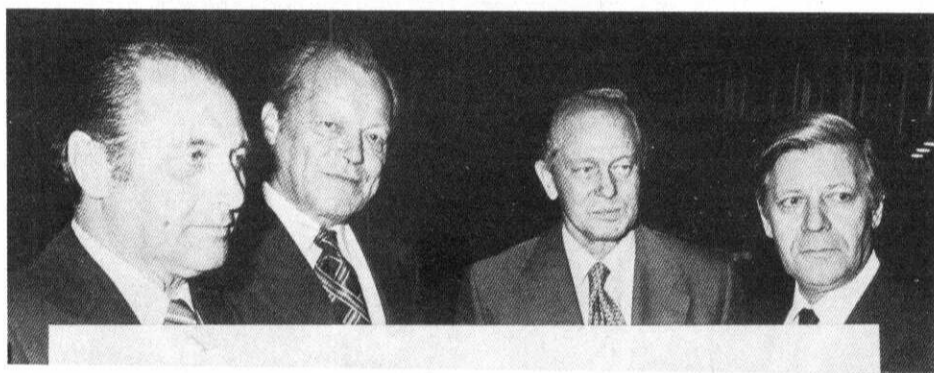
Professor Joachim Zahn, Vorstandsvorsitzender der Daimler-Benz AG, vertrat Anfang Juni in Bonn die

Auffassung, daß ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung nicht ohne Korrektur der steuerlichen Rahmenbedingungen erwartet werden könne. Zu deutsch: Ein Aufschwung nur dann, wenn die Kapitalisten weniger Steuern und Sozialabgaben abführen müssen, also die Arbeiter entweder mehr Steuern zahlen oder auf soziale Errungenschaften verzichten und den Lebensstandard auf allen Gebieten einschränken sollen - weniger Urlaub, weniger teure und hochwertige Nahrungsmittel, weniger Bildung, weniger Autos.

Es sei unerlässlich, so Zahn, die Investitionskraft der Unternehmen zu stärken und dem bedrohlichen Rückgang der Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen Einhalt zu gebieten.

Am gleichen Tage forderten die Vertreter der führenden Wirtschaftsverbände der Bundesrepublik in Bonn ebenfalls Steuerentlastungen für die Wirtschaft (FAZ 4.6.75)

Fortsetzung auf Seite 2



10. Ordentlicher DGB Bundeskongreß

Der DGB-Bundeskongreß Ende Mai in Hamburg tagte vor einem Hintergrund, den der Vorsitzende der Postgewerkschaft, Ernst Breit, folgendermaßen umriß: "Die Risiken, die dem marktwirtschaftlichen System immanent sind, werden in rücksichtsloser Weise auf die Arbeitnehmer abgewälzt. Über eine Million Arbeitslose und Kurzarbeiter für mehrere Millionen Arbeitnehmer sind sichtbare und erschreckende Beweise. Weniger sichtbar, aber deswegen mit nicht geringeren Folgen, sind die sogenannten Rationalisierungsmaßnahmen in Betrieben und Verwaltungen. Sie haben in der Mehrzahl zum Ziel, die Arbeit zu Lasten der Beschäftigten zu intensivieren und über diesen Weg die Lohnkosten zu senken.... Für notwendige Reformen sind die Finanzmittel des Staates nicht mehr ausreichend vorhanden."

In der Tat ist jeder Arbeiter und Angestellte auf die eine oder andere Weise von der Krise betroffen. Millionen von gewerkschaftlich Organisierten blickten nach Hamburg und erwarteten von ihren Vertretern eine klare und entschlossene Antwort auf die zu ihren Lasten wirkende Krise, ein klares Programm zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und Lebensstandard, ein Programm zur weiteren Fortsetzung der dringend notwendigen Reformen, ein kämpferisches Aktionsprogramm.

Insgesamt hat sich der Kongreß, wie ein Delegierter es ausdrückte, nicht mit direkten, elementaren Problemen der arbeitenden Menschen befaßt, hat auf viele Fragen keine Antwort gegeben und haben die Grundsatzreden der Gewerkschaftsführer zu viele Allgemeinplätze enthalten. Auch die Zeitung der IG Metall Nr. 11/75 setzte sich kritisch mit den Hamburger Ergebnissen auseinander:

Es fehlte jedoch das weiter gesteckte Ziel, das erst die einzelnen Etappen des Tageskampfes deutlich werden läßt. Es fehlte vor allem die Schärfung der gewerkschaftlichen Kampfinstrumente gegen kapitalistische Wirtschaftskrisen, damit diese nicht eines Tages neue politische Gefahren heraufbeschwören.

Dabei läßt Moneta, der Verfasser dieses Artikels, jedoch die im DGB-Grundsatzprogramm enthaltene Forderung nach Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeingut unberücksichtigt.

Andererseits jedoch konnte jeder aufmerksame Beobachter feststellen, daß - zwar meistens noch in zaghaften Ansätzen - an der Gewerkschaftsbasis ein grundsätzliches Nachdenken eingesetzt hat, der Druck auf die Gewerkschaftsführung größer und größer wird und alle Teile der Gewerkschaftsbewegung - die einen stärker als die anderen - kämpferischer, kritischer und selbstbewußter geworden sind. Die Beiträge einer Reihe von Delegierten und einzelne Anträge spiegeln ganz klar die Stimmung in den Betrieben wider.

Anträge der Gewerkschaft Holz und Kunststoff, des Bundesjugendausschusses und der IG Druck und Papier forderten den sofortigen Austritt des DGB und der Gewerkschaften aus der "Konzertierten Aktion".
Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt:

VORAN! Nr 10

Massenentlassungen Nord	2
Jugendarbeitslosigkeit	3
Sozialistisches Europa	4
Portugal	5
Spanien	5
Vietnam	5
Wirtschaftskrise	6
Leserforum	7
In eigener Sache	7
Hessen - Nord	8

Fortsetzung von Seite 1
 Eine "Entschlackung der sozialen Leistungen" schlägt der Präsident der Arbeitgeberverbände Schleyer vor. Sein Präsidiumskollege Erdmann: "Die in einer Schönwetterperiode beschlossenen Sozialgesetze müssen überprüft werden." Und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) forderte soeben auf seiner Jahrestagung, die "Sozialpolitik auf neuen Kurs zu bringen."

Im Klartext kann dies nur heißen, daß die breite Masse, die ohnehin schon jetzt die Lasten der Krise voll zu tragen hat, einen zukünftigen Aufschwung mit weiteren schmerzhaften Einschränkungen bezahlen soll, als ob die Millionen Arbeiter daran schuldig seien, daß der Kapitalismus wieder einmal in einer weltweiten, tiefen Krise steckt. Ganz gleich ob Rezession oder Hochkonjunktur - immer muß die übergroße Mehrheit dafür herhalten, daß eine verschwindend kleine Minderheit, die die Produktionsmittel besitzt, unfähig ist, nach den tatsächlichen Bedürfnissen zu planen und zu produzieren und jedem ein anständiges Leben frei von Krisen und Existenznot zu garantieren.

Diejenigen "glücklichen" Arbeiterkinder, die sich den Besuch von Gymnasium und Hochschule leisten konnten, müssen jetzt erfahren, daß es mit diesem "Privileg" nicht viel auf sich hat. In Baden-Württemberg etwa, wo das Land

bisher den über 8 DM liegenden Differenzbetrag für die Fahrt zur Schule oder Ausbildungsstätte bezahlt hat, müssen die Schüler jetzt oft über das Vierfache aus eigener Tasche bezahlen. Die ohnehin geringen Zuschüsse für die Kinder von Arbeitern und Angestellten und für Umschüler, die überhaupt noch einen Studienplatz zugeteilt bekommen, sollen nun nur noch als zinslose Darlehen gewährt werden - und das bei der großen Unsicherheit, ob ein abgeschlossenes Studium überhaupt noch einen Arbeitsplatz garantiert. Jeder Arbeiter wird hier noch unzählige weitere Beispiele hinzufügen können.

**JETZT BRUCH
 MIT DER KLEINEN PARTEI
 DES KAPITALS**



Die gegenwärtige Krise ist gekennzeichnet durch fallende Profite der Kapitalisten. Profite sind jedoch nichts anderes als die unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse. Also bleibt den Bossen nichts anderes übrig, als die Profite von der Arbeiterklasse wieder reinzuholen. Dies geschieht durch verschärfte Arbeitshetze, erhöhte Arbeitsproduktivität; da aber die gegenwärtige Rezession die alten Profite noch nicht wieder hergestellt hat, muß jetzt der Staat - über Steuererhöhungen und Abbau von Sozialleistungen den Unternehmern wieder direkt das Geld zuschießen.

Helmut Schmidt hat auf dem DGB-Bundeskongreß von einem "dichten Netz an sozialer Sicherheit" gesprochen, einem Netz, in das jedes Jahr noch ein paar zusätzliche Maschen eingeflochten würden, um ein "hohes Maß an sozialer Sicherheit" zu gewährleisten. Die neuesten Meldungen laufen aber darauf hinaus, daß die engen Maschen des sozialen Netzes nun wieder rasch aufgelöst werden müssen: Es ist die Rede von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um bis zu 4%, einer Anhebung der Verbrauchssteuern für Tabak und Spirituosen. Höhere Beiträge für Renten-Kranken- und Arbeitslosenversicherung werden in der nächsten Zeit kommen.

**EINSPARUNGEN AUF KOSTEN
 DER KINDER**

An allen Ecken und Enden haben die Staats-, Länder- und Stadtverwaltungen den Rotstift angesetzt: Höhere Gebühren für öffentlichen Nahverkehr (z.B. Frankfurt, Hannover), für Strom, Gas und Sozialwohnungen, ja sogar für Schwimmbäder und öffentliche Dienstleistungen. Die Bundesbahn will noch in diesem Jahr zum zweiten Mal die Tarife erhöhen (am 15.2.75 und jetzt noch voraussichtlich im Herbst) und hat gleichzeitig ihr Angebot zum neuen Sommerfahrplan drastisch eingeschränkt.

Die SPD war 1969 und 1972 mit der breiten Unterstützung der organisierten Arbeiterklasse angetreten, um soziale Sicherheit, mehr Wohlstand und Gerechtigkeit zu erringen. Die Führung der Partei meinte, es sei nicht notwendig, das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt anzutasten. Vollbeschäftigung und Erhöhung des Wohlstandes sind jedoch - wie gerade die letzten beiden Jahre gezeigt haben, unvereinbar mit der allein vom Profitstreben gekennzeichneten kapitalistischen Marktwirtschaft.

**FÜR EINE SPD-ALLEIN-
 REGIERUNG MIT DEM
 PROGRAMM DES
 SOZIALISMUS!**

Die Kapitalisten über ihre Verbände und ihre politischen Interessenvertreter CDU/CSU und FDP sehen ganz klar den Zwang, Lebensstandard und Sozialleistungen zu beschneiden, um ihre Profite am Leben zu erhalten. Aber es ist ihnen nur recht, wenn nicht sie vor die Arbeiter hintreten müssen, um ihnen dies mitzuteilen. Friderichs hat dies offen gesagt: "Die Frage der Leistungseinschränkungen, das wird Schmidts Problem." Dem Kapital kann es nur recht sein, wenn die SPD-Führung selbst alle ihre noch so mäßigen Programme zurückschrauben muß, der auf Reformen dringend wartenden Bevölkerung enttäuschende und demoralisierende Mitteilungen macht, also das schmutzige Geschäft der sozialen Demontage übernimmt. Die Arbeiter und Angestellten aber, die für die SPD gekämpft, sie unterstützt und gewählt haben, damit sie ihre Interessen vertritt, erwarten nun von der SPD-Führung, daß sie ihr Reformprogramm ernstnimmt und die Zusammenarbeit mit dem Kapital und seiner direkten Vertreterin FDP einstellt.

Sonst wird die SPD, wenn sie sich mit diesem System identifiziert und anstelle des Kapitals als Schuldiger an dieser Krise in der Öffentlichkeit erscheint, nur Verbitterung, Enttäuschung und Demoralisierung unter den Millionen ihrer Anhänger auslösen und auf eine verheerende Wahlniederlage zusteuern und damit einer CDU-Regierung den Weg ebnen, von der wir nur noch schärfere frontale Angriffe auf alle Errungenschaften der Arbeiterklasse zu erwarten haben. Dafür aber haben wir die SPD nicht gewöhlt.

Das Godesberger Programm hat den "sozialen Rechtsstaat" so vorgestellt:

"Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und eine gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft, ein Leben in Freiheit ohne unwürdige Abhängigkeit und ohne Ausbeutung... Die Wirtschaftspolitik muß auf der Grundlage einer stabilen Währung, die Vollbeschäftigung sichern, die volkswirtschaftliche Produktivität steigern und den allgemeinen Wohlstand erhöhen... Das System sozialer Sicherung muß der Würde selbstverantwortlicher Menschen entsprechen... Die Entfaltung der beruflichen Fähigkeiten des jungen Menschen erfordert ein System allgemeiner Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen... Soziale Sicherheit und die Demokratisierung der Wirtschaft werden in zunehmendem Maße verwirklicht..."

Es steht im Grundsatzprogramm unserer Partei: "Darum ist die Hoffnung der Welt eine Ordnung, die auf den Grundwerten des demokratischen Sozialismus aufbaut, der eine menschenwürdige Gesellschaft, frei von Not und Furcht, frei von Krieg und Unterdrückung schaffen will, in Gemeinschaft mit allen, die guten Willens sind."

Will die SPD-Führung die Millionen Hoffenden in diesem Lande warten lassen? Die Antwort muß der SPD-Parteitag im Herbst geben. Der einzige Weg für die SPD-Führung, um glaubwürdig zu bleiben, wäre der, die Zusammenarbeit mit der Unternehmerpartei FDP aufzugeben, die Schuldigen an der Krise aufzuzeigen, ein sozialistisches Programm mit Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung zu verabschieden.

Auf dieser Grundlage könnte die SPD dann die Arbeiter und Angestellten mobilisieren, bei Neuwahlen eine absolute Mehrheit erkämpfen und ihr Programm durchsetzen. Damit wäre die Grundlage geschaffen für eine geplante kontinuierliche Wirtschaft mit Produktion nach den Bedürfnissen der Bevölkerung. Die Arbeitnehmerschaft erwartet von ihrer traditionellen Massenpartei eine klare Führung. Es liegt nun an der SPD, dieses Signal zu geben. ●

- hg -

**SCHLESWIG-HOLSTEIN
 Massenentlassungen**

Die Firmenleitung der Hermann Marisian Bekleidungswerke GmbH (Maris) in der 90 000 Einwohner-Stadt Neumünster hat am 4.6.1975 beim Arbeitsamt Antrag auf Massenentlassung von 200 Arbeitern gestellt. Die ohnehin schon überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote in Neumünster wird sich damit schlagartig weiter erhöhen.

Erst im September letzten Jahres hatte die Firma Maris alle 27 Lehrlinge des 1. Lehrjahres hinausgeworfen und die Kündigung mit "wirtschaftlichen Schwierigkeiten" begründet. Die DGB-Jugend äußerte schon damals in einem Flugblatt die begründete Vermutung, daß diese Schwierigkeiten auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen werden sollen und daß mit der schwächsten Gruppe im Betrieb der Anfang gemacht wurde.

Zu den jetzigen Entlassungen heißt es in einer Stellungnahme der Firmenleitung: "Nachdem allein im vergangenen Jahre 86 300 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz in der Textil- und Bekleidungsindustrie verloren haben

BERICHTIGUNG

Unsere Schwesterzeitung in Griechenland, für die wir in VORAN! Nr 9 eine Anzeige brachten, mußte wegen der Gefahr einer Verwechslung mit einer anderen Tendenz, den Namen auf X E K I N I M A (Neubeginn) ändern. Athen, Menandrou 66, Griechenland.

- insbesondere wegen der zu ruinösen Preisen eingeführten Billigimporte aus dem Ostblock und dem Fernen Osten -, sieht sich auch die Firma Marisian gezwungen, ihre inländische Kapazität einzuschränken."

Gleichzeitig wurde bekannt, daß eine von der Firma Maris aufgebaute Fertigungsstätte in Ungarn die Produktion aufgenommen hat. So kann Maris wenigstens selbst mit Hilfe von "ruinösen Preisen" an der Eroberung des bundesdeutschen Marktes teilnehmen.

VORAN! meint: Die ungarischen Gewerkschaften sind aufgerufen, mit den westdeutschen Kollegen Solidarität zu üben. Keine Untergrabung der Arbeitsplätze im Westen! Für eine gemeinsame Konferenz zwischen den Belegschaften der westdeutschen und ungarischen Fabriken mit dem Ziel der Ausarbeitung einer gemeinsamen Front! Dieses Beispiel unterstreicht die Notwendigkeit der Übernahme solcher Firmen, die Massenentlassungen rücksichtslos anordnen, und der gewerkschaftlichen Solidarität über Ländergrenzen hinweg. ●

Anzeige



Zweimal in der Woche ärgert EXTRA-Dienst ein paar hundert Leute. Kunststück. Weil er enthüllt. Sagt, wie es ist. Die Leser des einzigen linken Informationsdienstes der Bundesrepublik und Westberlins wissen, warum sie 9 DM im Monat dafür bezahlen: nirgendwo sonst bekommen sie zweimal wöchentlich eine solche Fülle an Information. Fordern Sie ein Probeexemplar an oder bestellen Sie direkt bei Verlag + Druck, 1 Berlin 31, Pfalzburger Straße 20.

Ich bestelle EXTRA-Dienst für monatlich DM 9,- ab für mindestens ein halbes Jahr.

Name
 Vorname
 Ort
 Straße

DAS INTERESSIERT SIE:

EXTRA-Dienst hat 7000 Abonnenten und wird von 20 000 Menschen gelesen.
 EXTRA-Dienst erscheint im 9. Jahrgang. Er hat je eine Redaktion in Bonn und Westberlin.
 EXTRA-Dienst wird vor allem von Linken gelesen. Laut ED-Umfrage von 42 % SPD-Sympathisanten und 31 % DKP/SEW-Sympathisanten. 60 % aller ED-Leser sind gewerkschaftlich organisiert.
 EXTRA-Dienst hat einen leserorientierten Anzeigenmarkt: Wohnungen, Jobs, Kinderladenplätze, Gebrauchsgüter.
 EXTRA-Dienst ist kein Organ einer Partei oder einer anonymen Gesellschaft: ED gehört den im Impressum verzeichneten Redakteuren.

In der Begründung des Antrags 74 der IG Druck heißt es: "Gewerkschaftliche Lohnpolitik kann nicht von einem vorgeblichen Gesamtwohl oder Staatsinteresse ausgehen. In dem scharfen Interessengegensatz von Unternehmern und Lohnabhängigen können die Interessen der Lohnabhängigen nur vertreten werden, wenn sie allein zur Grundlage der gewerkschaftlichen Lohnpolitik gemacht werden. Die Ausrichtung der Gewerkschaften an einem angeblichen Gemeinwohl und Staatsinteresse stärkt die Position der Unternehmer und schwächt die Position der Lohnabhängigen."

Anträge der IG Metall, des Landesbezirks Hessen, der Gewerkschaft Holz und Kunststoff und der IG Druck und Papier sprachen sich für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung aus.

Antrag 190 der IG Druck und Papier forderte ein grundsätzliches Nachtarbeitsverbot für alle Arbeitnehmer und bei unumgänglicher Nachtarbeit im Fall von auftretenden gesundheitlichen Beschwerden für den betreffenden Arbeitnehmer einen gleichwertigen Arbeitsplatz in Tagarbeit ohne Lohnverlust.

Antrag 90 der IG Bau-Steine-Erden wandte sich gegen alle Forderungen und Bestrebungen, durch den Einsatz öffentlicher Mittel die Vermietung oder den Verkauf von leerstehenden Wohnungen zu fördern und damit den privaten Bauherren ihr unternehmerisches Risiko abzunehmen. Der Bundes-Jugendausschuß unterstrich in Bezug auf das DGB-Grundsatzprogramm erneut die Forderung nach Überführung von Schlüsselindustrien und anderen markt- und wirtschaftsbeherrschenden Unternehmen in Gemeineigentum (Antrag 66).

Eine volle Weiterzahlung des bisher erzielten Nettogehaltes im Falle von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit forderte Antrag 141 der Gewerkschaft Textil-Bekleidung. Weiter unten heißt es:

"Arbeitnehmer, denen dieses 'Recht auf Arbeit' nicht eingeräumt wird, haben dann konsequenterweise ebenso wie bei Arbeitsverhinderung aus anderen Gründen Anspruch auf Barleistungen in Höhe des Nettoeinkommens."

Ein Problem, das die Arbeiterbewegung stets begleitet hat, ist die unterschiedliche materielle Situation zwischen Arbeiterführern und Funktionären einerseits und der Masse der einfachen Gewerkschaftsmitglieder andererseits. Viele denkende Arbeiter wissen allzu genau, daß Funktionäre mit weit höherem Einkommen als die Arbeiter selbst, die sie ja vertreten sollen, oft aus ihrer eigenen gesicherten Lage heraus keinen Blick mehr haben für die Probleme und Sorgen der Arbeiter. Für viele ist es nicht einsichtig, weshalb etwa der IG Metall-Vorsitzende Eugen Loderer zusätzlich zu seinen rund 6000 DM monatlich von der IGM noch hohe Beiträge aus Aufsichtsratsmandaten bezieht.

Hans Pfister von der Gewerkschaft Textil-Bekleidung:

"Unser letzter ordentlicher Gewerkschaftstag hat im November vergangenen Jahres einstimmig einen Antrag angenommen, wonach nach Einführung der paritätischen Mitbestimmung alle Aufsichtsratsmitglieder, die durch uns vorgeschlagen werden, verpflichtet sind, ihre vollen Nettovergütungen abzuführen. Diesem Beschluß liegen folgende Überlegungen zugrunde. Erstens: Wir gehen davon aus, daß alle unsere Funktionäre sich in vollem Umfang und uneingeschränkt für die Organisation einsetzen. Mehr als arbeiten kann niemand. Es widerspricht unserem gewerkschaftlichen Selbstverständnis, daß der Teil der Funktionäre, der eine Aufsichtsrats-tätigkeit ausübt, materiell besser gestellt sein soll als Funktionäre, die zur gleichen Zeit eine andere, ebenso wichtige gewerkschaftliche Arbeit leisten."

Während der wiedergewählte DGB-Vorsitzende Vetter in seiner Erwiderung auf die Diskussionsbeiträge zum Geschäftsbericht die Feststellung traf: "Wenn ich jetzt einmal von der Geißel der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit absehe, die selbstverständlich Problem Nummer 1 der Gewerkschaften ist und bleibt, dann bleibt das zentrale Thema für uns doch die paritätische Mitbestimmung", gingen andere Delegierte etwas konkreter und kritischer auf einzelne Punkte ein.

Kurt Georgi, Gewerkschaft Holz und Kunststoff: "...Ich glaube, wir sollten aber auch nicht an der Lösungsmöglichkeit vorbeigehen, die uns wesentlich näher liegt und die mir auch wesentlich wirkungsvoller erscheint, nämlich die Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit. Neben der Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit - und das scheint mir noch wirkungsvoller zu sein, um einer solchen Dauerarbeitslosigkeit entgegenzutreten - sollten wir auch nicht nur darüber diskutieren, sondern diese Meinung auch in unseren Forderungskatalog hineinnehmen: nämlich die weitere Herabsetzung des Rentenalters in unserer Sozialversicherung..."

...Generell aber, Kolleginnen und Kollegen, bin ich der Meinung, daß man nicht immer finanzielle Bedenken in den Vordergrund stellen sollte, wenn es um das Wohl und Wehe des arbeitenden Menschen geht..."

DGB

Ernst Breit, Deutsche Postgewerkschaft: "...Vor allem die Erkenntnis, daß die Arbeitnehmer ihre Existenz allein durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft sichern, daß die Arbeitnehmer kein gesetzliches Recht auf Arbeit haben, daß die Arbeitsplätze nur in dem Umfang angeboten werden, wie dies der Rentabilität des Kapitals dient, daß die Produktionsmittel in Privateigentum sind und die Verfügungsgewalt darüber ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer ausgeübt wird, war für die Deutsche Postgewerkschaft Veranlassung, ihr Programm zu verabschieden."

Klaus Zwickel, SPD-Mitglied und Erster Bevollmächtigter der IG Metall-Verwaltungsstelle Neckarsulm, brachte sicherlich die Erfahrung von über 10 000 um ihren Arbeitsplatz fürchtenden NSU-Arbeitern zum Ausdruck, als er sich kritisch in die Mitbestimmungsdiskussion einschaltete:

"...Für mich ist - offen gesagt - die Feststellung, die du, Kollege Vetter, gestern in deinem mündlichen Geschäftsbericht getroffen hast, unverständlich. Du sagtest sinngemäß, daß die Unternehmer die von der Bundesregierung angebotenen Konjunkturmittel nur unzureichend nutzen. Dann sagtest du wörtlich: '...wächst den Betriebsräten und Wirtschaftsausschüssen die Aufgabe zu, die Unternehmensleitung so zu beeinflussen...' jetzt rede ich mit Schleyer: '...damit die Pferde auch saufen.' Ich frage: Wie soll diese Beeinflussung geschehen? Wo haben wir Mittel und Möglichkeiten, darauf konkret und nachhaltig Einfluß zu nehmen? Beten oder Bitten hilft da ja wohl nicht. Ich meine vielmehr, wir täten besser daran, gerade an diesem Punkt die Gegensätze dieser Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung deutlich zu machen. Wir lassen tunlichst alles beiseite, was nur den Anschein erwecken könnte, als läge es an uns, ob die Unternehmer investieren oder nicht."

Investitionen sind Ausdruck von Gewinnerwartungen. Investitionen oder besser gesagt: Investitionszurückhaltungen sind auch massives politisches Druckmittel. So jedenfalls habe ich es auf den Gewerkschaftsschulen gelernt.

Beides bestimmen wir nicht, sondern die Unternehmer und ihre Verbände. Und ich füge hinzu: Ich habe größte Bedenken, wenn wir derzeit in manchen Äußerungen so tun, als würde die Mitbestimmung diesen zentralen Eckpfeiler dieser Wirtschaftsordnung beseitigen. Sie kann und wird es nicht, weil Mitbestimmung keine wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Lösung ist. Sie wirkt im Betrieb bzw. auf betriebliche Entscheidungen. Deshalb wird auch für die Zukunft über die Mitbestimmung keine Wirtschaftspolitik zu betreiben sein. Und sie wird schon gar keine Veränderung des kapitalistischen Wirtschaftssystems bewirken.

Fortsetzung auf Seite 8

Junge und ältere Arbeiter ein gemeinsamer Kampf

Zehntausende junger Gewerkschafter zogen in den letzten Wochen durch zahlreiche Großstädte der BRD, um gegen die Jugendarbeitslosigkeit und für eine Reform der beruflichen Bildung zu demonstrieren. Wenn in diesem Sommer wieder weitere Zehntausende die Schule verlassen, so wird mindestens jeder dritte Jugendliche erfolglos von Betrieb zu Betrieb und zum Arbeitsamt gehen und verzweifelt nach einem Ausbildungsplatz suchen. Nachdem bereits am 12. und 19. April in Stuttgart, Frankfurt, Dortmund und Hamburg machtvolle Demonstrationen die Kampfbereitschaft und

- 62% der Auszubildenden gaben an, daß es in ihrem Betrieb keinen Ausbildungsplan gibt
- 63% wurden regelmäßig mit ausbildungsfremden Routinearbeiten beschäftigt
- nur 42% hatten einen Ausbilder, der sich nur mit der Lehrlingsausbildung beschäftigt
- nur 23% erhielten theoretischen Unterricht im Betrieb
- nur 1/3 der Auszubildenden vermittelt einen Teil der Ausbildung in Ausbildungsstellen, Lehr-ecken und Lehrbüros (Untersuchung des Bundeswissenschaftsministeriums von 1973).



Demonstration von rund 3000 Jugendlichen aus ganz Schleswig-Holstein am 30. Mai "Für bessere Berufsausbildung - gegen Jugendarbeitslosigkeit"

Entschlossenheit der Gewerkschaftsjugend zum Ausdruck gebracht hatten, wurde nun am 31. Mai nach Neumünster, am 7. Juni nach München und am 14. Juni nach Hannover mobilisiert.

In München wandte sich Georg Benz von der IG Metall gegen der Erpressungsversuch der Unternehmer, die der Bundesregierung 40 000 Ausbildungsplätze versprochen hatten, wenn sie ihre Reformvorhaben fallen lasse: "Den Unternehmern geht es nur um die Aufrechterhaltung eines Bildungssystems, das ihnen weiterhin ihre Herrschaft sichert." Dabei würden CDU und FDP die Privilegien der Unternehmer verteidigen.

Mehr als 2000 Jugendliche folgten einem Aufruf des DGB-Landesbezirks Nordmark nach Neumünster zentral für Schleswig-Holstein. Allein in Neumünster sind über 900 Jugendliche arbeitslos. Viele von ihnen suchen heute noch eine Lehrstelle, obwohl sie seit über einem Jahr aus der Schule entlassen sind. Im Juni, als etwa 800 Jugendliche die Schule verließen, hat sich die Lage noch verschärft.

Dieter Heering vom DGB-Vorstand Nordmark wies darauf hin, daß in den vergangenen vier Jahren die bei den Arbeitsämtern gemeldeten Ausbildungsstellen in Schleswig-Holstein um fast 50% zurückgegangen und bereits mehr als 5000 Jugendliche unter 20 Jahren arbeitslos seien.

Die Unternehmer und ihre Verbände begründen den Rückgang der betrieblichen Ausbildungsstellen unter anderem mit "mangelnder Einsatzbereitschaft" der Auszubildenden im Betrieb (besser wohl als mangelnde Ausbeutungsbereitschaft zu bezeichnen) und "übertriebenen" Ansprüchen an die Ausbildungsbetriebe durch neue Ausbildungsordnungen.

Dabei ist die gegenwärtige Situation im Ausbildungsbereich äußerst miserabel. Von der Gewerkschaftsjugend durchgeführte Befragungen, die durch zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen bestätigt wurden, zeigten folgenden auf:

Erneut und in aller Schärfe müssen nun die arbeitenden Jugendlichen die Unfähigkeit einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung spüren, jedem Jugendlichen eine qualifizierte Berufsausbildung und einen anständigen Arbeitsplatz, eine gesicherte Existenz ohne Angst vor der Zukunft zu garantieren. Die Probleme der arbeitenden Jugend dürfen jedoch nicht getrennt von denen aller Arbeiter gesehen werden. BDI-Präsident Sohl hat klar erklärt, daß die Kapitalisten unfähig sind, allgemeine betriebliche Altersversorgung und Unkündbarkeit älterer Arbeiter und die Forderungen der Gewerkschaftsjugend zu verwirklichen:

"Was man für ältere Arbeitnehmer tut, wird sich in Zeiten wie heute zu Lasten der jüngeren Arbeitnehmer auswirken."

Die Kapitalisten sind keine Menschenfreunde, deren angeblich soziales Gewissen nur wachgerüttelt werden müsse. Für sie gilt allein der Profit. Wenn der Profit sinkt, dann muß er wieder reingeholt werden, wenn dabei auch alte und junge Arbeiter um ihre Existenz bangen. Selbst wenn die Jugendlichen Zugeständnisse erringen würden, so würden die Kapitalisten dies auf die älteren Arbeiter abzuwälzen versuchen. Wir wehren uns dagegen, daß junge und alte Arbeiter die Lasten der kapitalistischen Krise tragen sollen, welche sie gar nicht zu verantworten haben. Die Angriffe der Unternehmer erfordern die geschlossene Abwehr aller Arbeiter.

- Einen garantierten Ausbildungs- oder Arbeitsplatz für alle Schulabgänger, Lehrlinge und Arbeiter!
- Den vollen Lohn für alle, die keine Stelle finden!
- Bittet die Bosse zur Kasse, es ist ihre Krise!
- Verstaatlichung aller Firmen, die entlassen, Kurzarbeit einführen, eine qualifizierte Berufsausbildung verweigern!
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!

Welcher Weg zum sozialistischen Europa ?

Das Ende des lang andauernden Aufschwungs der Nachkriegszeit, die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die Maßnahmen, die die Kapitalisten der verschiedenen Staaten der EG getroffen haben, um ihre Interessen zu verteidigen, haben in den letzten Jahren die Vorstellung, daß diese einzelnen National-Staaten im allgemeinen Interesse zusammenhandeln können, als utopisch entblößt. Die aufeinander folgenden Währungs- und Wirtschaftskrisen haben stets dazu geführt, daß die Kapitalisten jedes einzelnen Landes Schritte einleiteten, um sich gegeneinander zu verteidigen.

Die Idee der langversprochenen ökonomischen und politischen Vereinigung Europas, deren Verwirklichung heute genau so weit weg bleibt wie vor einem Vierteljahrhundert, wird von vielen 'Sozialisten' immer noch als ein Fortschritt betrachtet, ein Weg zum Sozialisten. Europa. Die Hoffnung, daß Europa auf kapitalistischer Basis vereinigt werden kann, und daß es also innerhalb der EG einfacher sein wird, für ein sozialistisches Europa zu kämpfen, läßt sich durch eine klare und historische Analyse der Entwicklung des kapitalistischen Systems und seiner Grenzen widerlegen.

Im Godesberger Programm der SPD liest man: "Die gesellschaftlichen Kräfte, die die kapitalistische Welt aufgebaut haben, versagen vor dieser Aufgabe unserer Zeit. Ihre Geschick ist eine imponierende Entfaltung technischen und wirtschaftlichen Aufschwungs, aber auch eine Kette verheerender Kriege, riesiger Massenarbeitslosigkeit, enteignender Inflationen und wirtschaftlicher Unsicherheit. Die Geschichte der letzten 150 Jahre ist ein klarer Beweis für diese Behauptung. Nach zwei Weltkriegen, in denen über 100 Millionen von Menschen geopfert worden sind, und weiteren langen Perioden von Elend und Unterdrückung für die Massen der Menschheit, sind die 'guten alten Zeiten' wieder hier: in der BRD allein gibt es zur Zeit zwei Millionen Arbeiter ohne Vollbeschäftigung, in Amerika fast zehn Millionen. Überall in der Welt gibt es Inflation und Rezession.

Marx und Lenin zeigten in ihren Analysen des Kapitalismus und Imperialismus, daß die sich entwickelnden Produktivkräfte der Kapitalisten die Grenzen des National-Staates sprengen. Die Kapitalisten werden dann gezwungen, andere Mittel zu ergreifen, einschließlich des Krieges, um ihre Existenz und Fortentwicklung zu sichern. Kapitalismus bedeutet Wettbewerb, bedeutet Imperialismus, bedeutet Krieg. "Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" (Lenin)

Der katastrophale Ausgang der Entwicklung des Kapitalismus, dessen Konzentrationsprozeß und die Suche nach neuen Märkten, war der Erste Weltkrieg. In den frühen zwanziger Jahren erklärte Leo Trotzki in einer Schrift über die Notwendigkeit der Parole "Die Vereinigten Staaten von Europa": "Die treibende Kraft des Krieges bestand darin, daß die kapitalistischen Produktivkräfte über die Schranken der europäischen National-Staaten hinausgewachsen sind... Hinter dem Krieg lag das Bedürfnis der Produktivkräfte nach einem breiteren Entwicklungsraum, ungehindert von Zollgrenzen. Ähnlicherweise finden wir in der Besetzung des Ruhrgebiets, so verhängnisvoll für Europa und die Menschheit, einen verdrehten Ausdruck des Bedürfnisses, die Kohle der Ruhr mit dem Eisen Lothringens zu vereinigen. Es ist nicht möglich für Europa, sich innerhalb der staatlichen Grenzen zu entwickeln, die zu Versailles geschaffen wurden. Es wird gezwungen, entweder diese Grenzen zu entfernen oder vor der Aussicht des totalen ökonomischen Verfalls zu stehen. Aber die von der herrschenden Bourgeoisie ergriffenen Methoden, die Grenzen zu überwinden, die sie selbst schuf, machen das bestehende Chaos nur größer und beschleunigen den Prozeß des Zerfalls."

Die Widersprüche des kapitalistischen Systems und ihr Ausdruck im Ersten Weltkrieg bereiteten den Weg für eine Reihe von revolutionären Explosionen vor, die am Ende des Krieges überall in Europa ausbrachen. Im Oktober 1917 gründete das siegreiche Proletariat Rußlands den ersten Arbeiterstaat der Welt. Aber zweimal - zuerst 1918/19 und wieder 1923 - endete die deutsche Revolution in einer Katastrophe, die all die Widersprüche des verfallenden Kapitalismus ungelöst ließ. Unfähig die schrecklichen Probleme ihres Systems zu überwinden, angesichts



der kämpferischen Arbeiterklasse, bereiteten die Kapitalisten eine blutige Zerstörung der Organisationen der Arbeiterklasse vor.

Trotzki warnte schon Jahre voraus, daß das Kommen der National-Sozialisten an die Macht einen neuen imperialistischen Krieg bedeuten würde (diesmal gegen Sowjetrußland). 1932 erklärte er: "Für Europa und vor allem für Deutschland gibt es kein vorwärts auf kapitalistischem Wege. Eine vorübergehende Überwindung der gegenwärtigen Krise durch das automatische Kräftegleichgewicht des Kapitalismus selbst - auf den Knochen der Arbeiterwürde die Reproduktion der Widersprüche auf der nächsten Etappe bedeuten, nur in noch konzentrierter Gestalt." (Was Nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats).



Die ökonomische Entwicklung Europas der Nachkriegszeit hat diese Vorhersage völlig bestätigt: auf der einen Seite haben sich die Produktivkräfte zu einem unerhöhten Niveau entwickelt und der Konzentrationsprozeß des Kapitals sich fortgesetzt - in allen industrialisierten Ländern beherrschen einige hundert Monopole die Wirtschaft; auf der anderen Seite des historischen und ökonomischen Prozesses sehen wir aber, daß diese ökonomische Entwicklung des Kapitalismus selbst die Arbeiterklasse

und ihre Organisationen enorm gestärkt hat. In allen westeuropäischen Ländern bildet sie die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung. Diese neue Generation hat in den letzten dreißig Jahren keine großen Niederlagen erlitten. Die unerschöpflichen Kräfte dieser Klasse wurden deutlich in den Ereignissen vom Mai 1968 in Frankreich, in den Arbeitskämpfen in Großbritannien und in den Ereignissen der letzten fünf Jahre in Italien, trotz der falschen Politik der Arbeiterführung in allen Fällen. Die unge-

heure Stärke und Macht der deutschen Arbeiterklasse hat sich in den letzten Jahren nur in ersten Ansätzen gezeigt.

Aber die Widersprüche des kapitalistischen Systems, trotz all dem Gerede von der Ausrottung der Armut und dem Verschwinden der Klassenunterschiede, haben in der Periode des Booms unter der Oberfläche der Gesellschaft fortgewirkt - genau die Bedingungen für den riesigen Aufschwung haben ihn ständig unterhöhlt. Wie Trotzki es voraussagte, erscheinen alle die alten Widersprüche auf einer neuen Stufe - mit dem überwiegenden Vorteil, daß sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Proletariats verschoben hat.

In den kommenden Ereignissen werden "soziale Partnerschaft" und "Klassenharmonie" verschwinden und wird sich der wahre Charakter des Kapitalismus zeigen.

Es gibt für Europa keinen Weg nach vorne auf der Basis des Kapitalismus. Zwei Weltkriege, Faschismus und der große Zusammenbruch waren schon ein Zeichen des Wachstums der Produktivkräfte (d.h. der Herrschaft des Menschen über die Natur), der Fabriken, der Kommunikation, Technik und Wissenschaft über die Schranken des National-Staates und des Privateigentums hinweg. Kapitalismus und Nationalstaat, ursprünglich Grundlage für die Entwicklung der Industriegesellschaft, sind zu einer schrecklichen Last und einem Hindernis für die volle und harmonische Entwicklung der Produktivkräfte geworden.

E. G. SCHÖNWETTERVEREIN

Auf der Basis des weltwirtschaftlichen Aufschwungs hat die EWG zusammengehalten und gewisse Erfolge erzielt. In allen Ländern der EG ist das Wachstum der Industrie, das gleichzeitige Abstützen der Landwirtschaft durch die gemeinsame Agrarpolitik, die billige Importe von außerhalb verhinderte, und zur gleichen Zeit das Unterhöhlen und Beschneiden des Bauerntums die Grundlage für den Erfolg gewesen. Vor allem die großen Industriellen und die riesigen Kartelle ebenso wie die Großbauern profitierten davon. Der gemeinsame Markt ist ein verherrlich-

ter Zollverein, der die Zollgebühren zwischen den Mitgliedsländern abgeschafft und einen gemeinsamen Zoll auf Weltebene geschaffen hat, der selbst seinerseits den Welthandel angespornt und belebt hat. Die allgemeine Senkung dieser Zollgebühren auf der Grundlage des weltwirtschaftlichen Aufschwungs hat das Wachstum der Industrie innerhalb der EWG erhöht und belebt.

Der gemeinsame Markt ist aber keine Föderation von Staaten. Er ist bloß ein gemeinsames kapitalistisches Unternehmen, wo die Länder ihre Hilfsmittel zusammengeworfen haben und sich gegen die Mächte außerhalb des Marktes vereinigen. Jeder Staat innerhalb der EG hat eine eigene Regierung, eine Währung, eine Polizei und eine Armee. Französisches Kapital, deutsches Kapital, italienisches Kapital bleiben abge sonderte Herrscher 'ihrer' Bereiche. Infolgedessen hat sich daraus nicht eine einzige herrschende Klasse in der EWG gebildet, sondern das Kapital bleibt in allen diesen Ländern getrennt. Das bedeutet die Möglichkeit, ja die Unvermeidbarkeit, des Konflikts und des Widerspruchs zwischen den Interessen der verschiedenen herrschenden Klassen.

Vor der allgemeinen Währungskrise, zum Beispiel, bestand das Ziel einer gemeinsamen europäischen Währung bis 1980. Seither jedoch haben die BRD, Großbritannien und Frankreich ihre Währungen gefloattet - ganz ohne Rücksicht auf die Regelungen der Gemeinschaft. Italien hat auch Einfuhrbeschränkungen auferlegt, die nach den EG-Regelungen verboten sind. Solange es um die Verteilung eines wachsenden Marktes geht, sind Kapitalisten immer in der Lage, einen Kompromiß zu finden. Aber wenn es sich um einen schrumpfenden Markt handelt und darum, wer die Lasten einer solchen Verschlechterung zu tragen hat, dann zanken sich die Räuber um eine kleinere Beute. Mit verschiedenen Währungen und Interessen kann es keine wirkliche Vereinigung geben.

WESTEUROPAS AUTO-INDUSTRIE: VOM EXPORT ABHÄNGIG

Export-Anteile in der Auto-Produktion 1973 (in Prozent)



Die EG ist also keine Vereinigung im Interesse der Arbeiter Europas, die in die Richtung der Vereinigten Staaten von Europa führt. Sie ist ein kapitalistisches Unternehmen, im Interesse des Kapitalismus, und mit allen Widersprüchen des Kapitalismus. Sie wird nicht zu Frieden, sondern zu neuen regionalen Streitigkeiten und Handelskriegen führen. Das Fortbestehen des Kapitalismus in den Hauptländern Europas bedeutet aber letzten Endes eine Bedrohung der Demokratie und des Friedens. Die dann schließlich unvermeidliche Zerstörung der Arbeiterorganisationen, also eine mögliche Machtergreifung des Faschismus, würde zwangsläufig den Weg für einen neuen Krieg und die Vernichtung der Zivilisation, vielleicht der gesamten Menschheit, öffnen.

DER KAMPF HAT ERST BEGONNEN!

TIEFPUNKT DER KRISE NOCH NICHT ERREICHT

SKANDAL DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT!

Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Abbau von Überstunden, Kürzung von Akkordsätzen und die Aufgabe einer Halbtagsstätigkeit vieler Hausfrauen nagen bedrohlich am Lebensstandard vieler Millionen von Arbeitnehmerfamilien. Verschärfte Arbeitshetze und Angst vor Entlassungen plagten weitere Millionen und greifen gleichzeitig Gesundheit und familiäre Harmonie an.

"Den Aufschwung wählen" - so lautete die Parole der SPD für die Landtagswahl in NRW am 4. Mai 1975.

"Frühindikatoren signalisieren Aufschwung" - dies hatte der SPD-interne Nachrichtendienst bereits am 19. März 1975 verkündet. Der für Frühsommer erwartete Aufschwung, so erhofften viele, werde die vorübergehenden Erscheinungen der Krise wieder beseitigen und sichere Arbeitsplätze garantieren.

Auf der Sitzung der Konzentrierten Aktion am 6. Juni wurden jedoch ganz andere Prognosen deutlich. Die Stellungnahme des Bundeswirtschaftsministeriums geht davon aus, daß es nicht eindeutig zu sagen ist, ob der Tiefpunkt der Konjunktur überhaupt schon erreicht sei. Nach Übereinstimmung aller Teilnehmer ist der bereits für Frühjahr erwartete Konjunkturaufschwung noch nicht in Sicht. Nach den neuen Eckdaten werden für 1975 eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 4%, eine durchschnittliche Teuerungsrate von 5,5% und ein Nullwachstum erwartet. Nach Schätzungen der Unternehmer ist sogar mit einem realen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts zu rechnen. Bereits in der ersten Jahreshälfte 1975 lag das Bruttoinlandsprodukt um 2,5% unter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes.

Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit berichtete Anfang Juni, daß die Arbeitslosigkeit im Mai auf 1 017 000 zurückgegangen ist. Dies hat jedoch saisonale Ursachen, wie die Verringerung der Arbeitslosigkeit in den Bauberufen um 20% auf 121 900 anzeigt. Gleichzeitig stieg jedoch die Kurzarbeit weiter an auf 921 000 Personen, was der zweithöchsten Rate entspricht, die jemals in einem Monat erreicht wurde. Der Präsident der Bundesanstalt, Stingl, hält es für unmöglich, daß der Jahresdurchschnitt unter 900 000 Arbeitslose sinken wird. In den ersten fünf Monaten machte die Bundesanstalt für Arbeit ein Defizit von 4,125 Mrd. DM.

Das Wachstum des Welthandels, verglichen mit dem Vorjahr, hatte 1973 noch 14% betragen, 1974 5%, während für 1975 ein Nullwachstum erwartet wird. Die Wirtschaftswachstumsrate der westlichen Industrieländer fiel von 6,2% 1973 auf -0,3% 1974 und wird 1975 etwa -2% betragen. Die Weltwirtschaft, so das Bundeswirtschaftsministerium, verzeichne gegenwärtig die stärkste Abschwungsphase seit Kriegsende. In der gesamten kapitalistischen Welt sieht sich die Arbeiterklasse den gleichen Problemen ausgesetzt. Die Kapitalisten aller Länder versuchen gegenwärtig, "ihre" Arbeiterschaft für ihre Krise zu schröpfen.

katastrophale Lage in USA und Westeuropa

Die USA, das "Land der unbegrenzten Möglichkeiten", verzeichneten im Mai einen weiteren Anstieg des Arbeitslosenheeres von 8,9 auf 9,2%, was 8,5 Mio. Menschen entspricht. Dies ist die höchste Rate seit 1941. Eine weitere Million, so wird berichtet, hat die Suche nach einem Arbeitsplatz inzwischen aufgegeben. Die Regierung rechnet auch für 1976 nicht damit, daß die Arbeitslosenquote unter 7,6% fallen wird. In den EG-Mitgliedsländern werden insgesamt fast 4,5 Mio. Arbeitslose gezählt.

Neben den über 50jährigen, für die es besonders schwierig ist, überhaupt wieder eine Anstellung zu finden, sind es vor allem die Jugendlichen, die nach Schul- oder Hochschulabschluß Lehre oder Beruf anfangen wollen und verschlossene Türen zu Ausbildungsstätten, Industrie und Staat vorfinden. Nach Zahlen des EG-Beschäftigungsausschusses betrug zwischen September 1974 und März 1975 die Jugendarbeitslosigkeit in

BRD	28,4
Großbritannien	30,3
Italien	32,7
Belgien	34,3
Niederlande	37,6
Frankreich	45,8
Luxemburg	50,0
Irland	51,0%

In Frankreich ist von 875 000 offiziell registrierten Arbeitslosen die Hälfte jünger als 25 Jahre. Die Zahl der 16 bis 25jährigen Arbeitslosen wächst jährlich um 200 000.

Das heißt: Jeder dritte bzw. jeder zweite Jugendliche, der einen neuen Lebensabschnitt beginnen möchte, muß auf der Straße bleiben. Mehr hat ihm diese Wirtschaftsordnung nicht zu bieten.

"INSEL DER STABILITÄT" ?

Die Bundesrepublik Deutschland, bisher als "Insel der Stabilität" bewundert, ist natürlich mit ihrem hohen Exportanteil besonders anfällig für die internationale kapitalistische Krise. Die Exporte entsprechen 23% des Bruttoinlandsprodukts. In den ersten vier Monaten dieses Jahres gingen gegenüber den ersten vier Monaten 1974 die Ausfuhren von 74 auf 72,4 Mrd. DM zurück, die Einfuhren stiegen von 56,2 auf 59,0 Mrd. DM, damit sank der Außenhandelsüberschuß von 17,9 auf 13,4 Mrd. DM. Die Stahlerzeugung sank von April 1975 bis Mai 1975 um 14,1% auf 3,2 Mio.t Rohstahl. Das Ifo-Institut München sprach von einem erheblichen Produktionsrückgang, der 1975 zu erwarten sei und 4 bis 5% betrage. Die Ruhrgebietskammern kamen zu der Feststellung, daß sich die Arbeitslosigkeit erst in spürbarem zeitlichen Abstand verringern werde.

ARBEITER - KAMPFBEREIT

Die gegenwärtige Überproduktionskrise verläuft nach klassischem Muster:

1. Unverkaufte Waren haben sich angesammelt. Die Produktion muß so lange eingeschränkt werden, bis diese Halden abgebaut sind. D.h. Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für Millionen. In der BASF AG Ludwigshafen z.B. sind die Kapazitäten bei Kunststoffen zwischen 50 und 70%, bei Lacken um 50%, bei Fasern sogar nur knapp über 40% ausgelastet.
2. Die Investitionen sinken erheblich, bis die Kapitalisten wieder Vertrauen in ihre Wirtschaft haben und sich die Absatzaussichten verbessern. So meldete das Münchner Ifo-Institut einen realen Rückgang der Investitionen für 1975.
3. Die gefährdeten und gesunkenen Profite müssen wieder "stabilisiert" werden - und das geht nur auf Kosten der Arbeiter, die ihren "Beitrag zur Stabilität" leisten sollen. So berichtete die BASF von einem Absacken der Gewinne vor Steuern um 25-33% im ersten Quartal 1975.

An allen Ecken und Enden der BRD spürten die Arbeiter direkt, was all diese Zahlen für sie bedeuten. Die VEBa Chemie AG kündigte für 2000 ihrer 5000 Beschäftigten im Werk Scholven ab der zweiten Juni-Hälfte Kurzarbeit an. Die VDM Aluminium GmbH hat 180 von 800 Belegschaftsmitgliedern entlassen. 360 Mitarbeiter der Kalle Niederlassung der Hoechst AG arbeiten vom 20. Mai bis 20. Juni kurz.

Die AEG Oldenburg plant in der zweiten Hälfte 1975 die Entlassung von 210 Arbeitern und 30 Angestellten und die Schließung des Zweigbetriebs Reekenfeld (Kreis Vechta). 327 der Spezialwerft D.W. Kremer Sohn in Elmshorn und Glückstadt verlieren ihre Anstellung. 600 von 1050 Mitarbeitern der Hannoverischen Papierfabriken arbeiten in verschiedenen Perioden kurz.

Gleichzeitig zeigte die oft spontane Reaktion der Betroffenen, daß sie nicht bereit sind, die für sie schwerwiegenden Folgen der Krise einfach hinzunehmen. Einen mehrstündigen Streik gegen die Entlassung von 350 Arbeiterinnen führte die Belegschaft des Dortmunder Zweigwerkes der Standard Electric Lorenz (SEL). Die Arbeiter verließen ihre Produktionsstätten und forderten die Erhaltung aller 580 Arbeitsplätze.

8 Betriebsratsmitglieder des Kunststofftechnikwerkes Kalldort in Kalletal (Kreis Lippe) begannen einen mehrtägigen Hungerstreik vor dem Hauptverwaltungshochhaus des Mannesmannkonzerns in Düsseldorf.

Die Belegschaft hatte dies spontan auf einer Versammlung beschlossen. Bereits zuvor hatte die 600köpfige Belegschaft in einem mehrstündigen Warnstreik die Weiterführung des Werkes Kalletal gefordert.

1500 Arbeiter der Niederrheinischen Hütte in Duisburg protestierten gegen die geplante Entlassung von 300 Kollegen. Auf dem Marktplatz in Duisburg-Hochfeld forderten sie in einer Kundgebung die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

Die Fliesenleger in den fünf bayerischen Städten München, Augsburg, Nürnberg, Fürth und Bayreuth entschlossen sich zu Kampfmaßnahmen (Ergebnis der Münchner Urabstimmung: 98,2%) gegen den Versuch der Unternehmer, tariflich festgelegte Akkorde um 20 bis 25% zu kürzen. Mobile Streikposten der Fliesenleger überwachten die Baustellen und verhinderten den Einsatz von Streikbrechern, die die Bosse sogar aus Italien hatten einschleusen lassen. Solidaritätsgrüße und Spenden bestärkten die Streikenden in ihrer Entschlossenheit.

Eine Morgenschicht in den Essener Eisenwerken legte im Mai spontan die Arbeit nieder, um gegen die "Freisetzung" von 100 bis 120 der insgesamt 440 Beschäftigten zu protestieren. Der Betriebsratsvorsitzende Engelbert Osterfeld sprach von einer "nur auf Profit ausgerichteten Geschäftspolitik" und verlangte, daß zuerst mal "alle wirtschaftlichen Daten und Fakten auf dem Tisch liegen".

In der nordrheinischen Bekleidungsindustrie legten sofort nach der Urabstimmung die Beschäftigten von über 10 Betrieben ihre Arbeit nieder. In 7 Betrieben sprachen sich 83 bis 98,5% für einen Streik aus, in einem Betrieb gar alle 100%.

Die Kämpfe, die jetzt überall als Antwort auf angekündigte Entlassungen, Kurzarbeit, verschärfte Arbeitshetze und Lohndruck aufgeflammt sind, zeigen an, daß die westdeutschen Arbeiter nicht bereit sind, den Anteil am Kuchen, den sie für sich errungen haben, wieder verkleinern zu lassen, nur weil die Unternehmer ihre Profitkrise auf sie abwälzen wollen.

LASST DIE BOSSE ZAHLEN!

Die Notwendigkeit, entschlossen und geschlossen die Angriffe der Unternehmer abzuwehren, hat zu einer Belebung des gewerkschaftlichen Alltags geführt. Eine junge, frische Generation ist herangewachsen, die noch weniger als die älteren, durch die Erfahrung von Faschismus und Krieg gegangenen Arbeiter bereit ist, den Gürtel um auch nur einen Millimeter enger zu schnallen.

In ihrem Bemühen, die Gewerkschaften zu kämpferischen, offensiven Speerspitzen zu machen, stießen die aktiveren Arbeiter auf einen Gewerkschaftsapparat, der allzu oft zu schwerfällig und kompromißbereit war.

Vor allem in der IG Metall vergrößerte sich dieser Gegensatz. Die Betriebsratswahlen führten in zahlreichen Großbetrieben dazu, daß ältere, ermattete, alteingesessene Betriebsräte durch jüngere, energiegeladere Gewerkschafter ersetzt wurden. Die Gewerkschaftsführung war in vielen Fällen gezwungen, innergewerkschaftliche, oppositionelle Listen zuzulassen. Im Rüsselsheimer Opelwerk mußte der bisherige Betriebsratsvorsitzende auf einen weiteren Vorsitz verzichten. In der Bochumer Niederlassung konnte die innergewerkschaftliche Opposition zwölf von siebenunddreißig Sitzen erringen. Bei Ford in Köln kam die offizielle IGM-Liste auf lediglich 17 von 41 Sitzen. Dort entfielen auf die Oppositionslisten 12 bzw. 2 Sitze. Bei Klöckner-Humboldt-Deutz gestattete die IGM vier Listen. Die oppositionelle Liste erreichte dort 7 Sitze.

Die innergewerkschaftlichen Oppositionslisten setzten sich in der Regel zusammen aus überzeugten Einheitsgewerkschaftern und zumeist SPD-Mitgliedern. Sie protestierten damit gegen die offizielle Politik der IG Metall. Der Stuttgarter IG Metall-Funktionär Otto Gottschlich kam zu der Auffassung: "Der Drang, das Bestehende abzulösen, hat zu Ausuferungen geführt." Der Bochumer Opel-Betriebsratsvorsitzende Günter Perschke sprach von einem "erschreckenden Protestergebnis", der lokale IG Metall-Wahlkampfleiter Manfred Leiss sah in dem Wahlergebnis eine "Erscheinung bürokratischer Entfremdung". Franz Steinkühler, südwestdeutscher IG Metall-Führer: "Die notwendige Auseinandersetzung um die Gewerkschaftsline wird allzu häufig abgewürgt".

In der Tat zeigt das Ergebnis der Betriebsratswahlen einen Prozeß an, den wir schon vor Jahren vorhergesehen hatten. In ihrem Kampf gegen das Kapital haben die Arbeiter jetzt begonnen, Druck auf ihre oft sehr verkrusteten Gewerkschaftsorganisationen auszuüben und in vielen Fällen den Gewerkschaftsapparat grundlegend zu erneuern. In der ersten Etappe werden vor allem die Gewerkschaften der Schauplatz einer Polarisierung zwischen der Basis und der sehr oft abgehobenen Führung sein. Alte rechte Gewerkschaftsführer werden dann durch jüngere, linke Kräfte ersetzt werden.

Diese Bewegung, die sich jetzt allmählich in den Gewerkschaften anbahnt, wird in den nächsten Jahren in der SPD, der traditionellen Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse, einsetzen. Dabei wird die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen eine Schlüsselrolle spielen. AfA-Vorsitzender Helmut Rohde umriß in einem Zeitungsinterview klar die Rolle der AfA als Verbindungsstück zwischen der Partei und der Basis in den Betrieben: "Ihre Aufgabe ist es, so enge Beziehungen wie möglich zur Arbeitswelt hin zu halten und Erfahrungen der Arbeitnehmer aufzunehmen und in die Politik der Partei einzubringen. Das wird vor allem deutlich, wenn man sich klarmacht, daß es etwa 3000 bis 3500 Betriebsgruppen in Betrieben und Verwaltungen gibt, die wesentlich die Willensbildung auf dem Felde der Arbeitnehmerpolitik mit beeinflussen..."

Unsere Aufgabe ist es, enge Verbindungsstränge zwischen sozialdemokratischer Politik und der Arbeitnehmerschaft im Ganzen herzustellen".

Jeder kann sich vorstellen, wie die aufgenommenen Erfahrungen der Arbeitnehmer in der SPD aussehen werden. ●

Leserforum

Liebe Genossen!

Am 10. Juni sprach bei uns im Ortsverein Forschungsminister Hans Matthöfer über die aktuelle politische Situation. Ich will nicht groß wiedergeben, worum es alles ging, doch fiel mir einiges auf. Ich dachte, es könnte die Leser von VORAN! interessieren. Genosse Matthöfer hatte einmal den Ruf, linker SPD-Minister zu sein, und im Kabinett ist er es sicher auch. Aber bei uns hat er einigermaßen Farbe bekannt. Es ging u.a. um seine Einstellung zu den Gewerkschaften. Er sagte, man versuche zur Zeit, mit der FDP ein Mitbestimmungsmodell auszuarbeiten, das von den Gewerkschaften auch annehmbar sei. Sehr rücksichtsvoll!! Die Rolle, Bedeutung und latente Kraft der Gewerkschaften erkennt er schon, doch wenn man von dieser Bemerkung ausgeht, nicht aus der Sicht der Arbeiter, sondern durch die Augen der Koalition. Wenn es darum geht, wirklich konsequente Maßnahmen im Interesse der Kollegen durchzuführen, muß man eine sozialistische Alternative anbieten. Dann würde die SPD-Spitze sehen, wie stark der Rückhalt der Partei bei den Arbeitern ist. Wer baut sein Haus auf Sand, nur um irgendwas zu haben, auch wenn es später zusammenbricht? Nur auf einer festen Grundlage wird es den strengsten Wintern widerstehen können.

Ich warf die Frage von Patenten auf und zitierte einen Verfasser, der meinte, 90% aller Patente würden nie benutzt, und ich sagte dazu, das hätte zwei Gründe. Erstens, allgemein gesehen, haben die Bosse in Krisenzeiten keine Lust zu investieren, zweitens, weil Maschinen einfach keinen Gewinn bringen (die kann man nicht ausbeuten), sondern nur die Arbeiter. Ich fragte Genossen Matthöfer auch, was er von den

IG-Metall-Vorschlägen zur Investitionslenkung hält und ob er glaubt, die Bosse ließen ihre Investitionen überhaupt lenken: man sehe schon, was sie mit anderen Reformversuchen der Regierung machen. Matthöfer meinte, das sei eine sehr schwierige Frage, man könne sie nicht in drei Minuten beantworten usw.... Dann sagte er, er glaube, ich meinte etwas anderes als die IG-Metall-Forderungen. Dann sagte ich, ich könne mir so etwas vorstellen, wie eine Mitbestimmung durch Regierung und die Gewerkschaften, doch in die Bosse hätte ich kein Vertrauen. Matthöfer jedoch schien wenig Vertrauen in die Gewerkschaften zu haben. Sicher gibt es vieles bei den Gewerkschaften, was verbessert werden muß, aber nicht durch zynische, sondern solidarische Kritik. Ich glaube nicht, daß er viel Resonanz gefunden hätte, wenn er seine Vorstellungen vor den Arbeitern in Erwitte, Neckarsulm oder den in den Hungerstreik getretenen Betriebsräten in Kalletal ausgebreitet hätte.

Man muß gerade in dieser Zeit konsequent handeln und aufgrund eines sozialistischen Programms mobilisieren. Die Arbeiter haben nicht geschuftet, um rauszufliegen. Doch so ist es eben in diesem System. Wenn die Bosse uns keinen angemessenen Lebensstandard bieten können, dann machen wir es besser. Dazu brauchen wir nicht die Hilfe der Bonzen.

Eine Kampagne muß gestartet werden, um klarzumachen, wie sich in Krisenzeiten die arbeiterfeindliche Rolle der Bosse offenbart. Die SPD muß mobilisieren, nicht demoralisieren.

Mit sozialistischen Grüßen
G.P., Frankfurt

In eigener Sache

Wir hatten auf der Redaktionssitzung für VORAN! Nr.9 zwar damit gerechnet, daß der erste Mai uns neue Leser und Abonnenten bringen würde, aber wir waren alle überrascht, wie groß das Interesse an VORAN! auf den Massendemonstrationen unserer Bewegung war. Zum ersten Male traten Anhänger, Redaktionsmitglieder und Korrespondenten in Berlin, Köln, Remscheid, Nordhessen, Bochum, Gelsenkirchen, Erwitte, Stuttgart, Mannheim und München beim Massenverkauf in die Öffentlichkeit.

Unsere Zeitung, die wir Ende 1973 in bescheidenem DIN A 4 Format herausbrachten, hat sich bewährt; VORAN! vertritt seit der Gründung eine klare, konsequent marxistische Politik. Nach wie vor sind wir als aktive SPD-Mitglieder und Jusos bestrebt, das Programm des Marxismus durchzusetzen; wir unterstützen jeden Fortschritt, jede Reform, die den Arbeitern und ihren Familien nützt, kritisieren jedoch, wie in den Artikeln dieser Ausgabe, alle Halbheiten, alles Zögern der Arbeiterführer. Wir sind - wie viele andere in den Gewerkschaften und in der SPD - stolz auf die Tradition des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Unser Ziel ist es, diese Tradition bei der Masse der Mitgliedschaft wieder zu beleben und zum Kampf für eine sozialistische Politik beizutragen.

Erinnern wir nur daran, daß VORAN! als einzige Zeitung der Linken schon im Dezember 1973 mahndend hervorhob, daß die SPD-Führung Maßnahmen gegen das Großkapital ergreifen muß, wenn das Reformprogramm keine Utopie bleiben soll. In Nr.1 von VORAN! stand: "Wir unterstützen alle der Arbeiterklasse nützenden Reformen; da aber das Durchführen des SPD-Reformprogramms von dem unkontrollierten und unkontrollierbaren Lauf der Wirtschaftsordnung abhängig gemacht worden ist, warnen wir davor, daß die 'kleinen Schritte' auch mal nach hinten getan werden könnten, wenn die Mitglieder der SPD und der Gewerkschaften ihren Willen und ihre Klasseninteressen in der Partei nicht durchsetzen. Im Jahre 74 oder spätestens 75 findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommenen Reformen unmöglich zu machen droht. VORAN! vertritt konsequent die Ansicht, daß auch ein bescheidenes Reformprogramm unter solchen Umständen nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht - das heißt die Schlüsselindustrien und das Bankwesen in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden."

Diese Prognose hat sich inzwischen voll erfüllt. Wie wir ebenfalls vorausgesehen haben, ist mittlerweile die sogenannte "antireformistische" und "nichtdogmatische" Tendenz um SOAK/Hannover, die die Notwendigkeit einer marxistischen Tendenz und einer proletarisch orientierten Zeitung leugnete, kläglich zusammengebrochen. Der Juso-Bundesvorstand begnügt sich mit Worten. Ganze Bezirke werden von Parteivorständen mundtot gemacht, z.B. Bezirk Hannover darf keine eigenen Erklärungen mehr abgeben, der Bezirk Westliches Westfalen durfte zum ersten Mai kein Flugblatt herausgeben. Die Parteimitglieder müssen für die Politik des Sozialismus gewonnen werden. Voraussetzung dafür ist eine Umorientierung der Jusos.

VORAN! BROSCHÜRE

» SOZIALISMUS ODER KAPITALISMUS ? «

PERSPEKTIVEN FÜR DIE SOZIALISTISCHE BEWEGUNG

Diskussionsdokument der Tendenz VORAN!

Zu beziehen über: VORAN! 46 Dortmund 1, Postlagerkarte A 056998
Lieferung erfolgt nach Überweisung auf das Konto: H Thielmann, Postfach Köln, Kontonummer 1301 - 68 - 500

DM 1.00 Jetzt bestellen!

aus dem Alltag

Kaufhaus

Ich arbeite in einem Kaufhaus im Süddeutschen Raum mit 120 Beschäftigten. 80% davon sind Verkäuferinnen. Deren Arbeitszeit erstreckt sich von morgens neun Uhr bis 18.30 mit einer Stunde Mittagspause und einem Tag Freizeit pro Woche. Die Mittagspause wird von den entsprechenden Abteilungsleitern eingeteilt, so daß eine Verkäuferin nie täglich zur selben Zeit ihrer Mittagspause hat, sondern den betrieblichen Bedürfnissen entsprechend zugeteilt erhält.

Der Verdienst liegt zwischen 790 DM und 850 DM Brutto für Verkäuferinnen, für Substituten und Abteilungsverantwortliche zwischen 1100 DM und 1400 DM. Die Arbeitsbedingungen, denen das Personal ausgeliefert ist, sind unvorstellbar miserabel. Obwohl es Vorschrift ist, daß jeder Verkäuferin die Gelegenheit gegeben sein muß, sich ab und zu hinsetzen zu können, befindet sich in keiner der Abteilungen ein Stuhl, sondern nur ein kleiner Holzkasten, der als Papierkorb gedacht ist und gleichzeitig als Sitzgelegenheit dienen soll. Diese Regelung hat selbst die Leute vom Gewerbeaufsichtsamt, die vor einigen Wochen den Betrieb besichtigten, nicht gestört. Auch befindet sich im ganzen Haus keine Klimaanlage, so daß im Sommer Temperaturen um 40 Grad keine Seltenheit sind, während im Winter die Raumtemperatur zwischen zwölf und 15 Grad schwankt, was natürlich erheblich zu kalt ist.

Der Leistungsdruck, dem das gesamte Verkaufspersonal ausgesetzt ist, ist zur Zeit unerträglich. Es wird von der Geschäftsleitung verlangt, an jedem Tag denselben Umsatz zu erreichen, wie an dem entsprechenden Tag vor einem Jahr, obwohl die Kaufkraft nachweislich zurückgegangen ist. Die Einnahmen werden drei- bis viermal täglich von der Geschäftsleitung überprüft. Gelingt es einer Abteilung nicht, den Umsatz vom Vorjahr zu erreichen, so werden radikale Sparmaßnahmen eingeführt. Zum Beispiel, gibt es keine Gehaltserhöhung für das Personal der entsprechenden Abteilung, die Zuteilung von Verpackungsmaterial wird gekürzt, so daß eine Verkäuferin oft nicht in der Lage ist, die Ware bedarfsgerecht zu verpacken, was natürlich oft sehr starke Kritik der Kundschaft gegenüber den Verkäuferinnen zur Folge hat.

Auch Personaleinsparungen sind keine Seltenheit mehr. So waren in unserer Parfümerieabteilung noch vor anderthalb Jahren fünf Verkäuferinnen beschäftigt, heute verrichten zwei Verkäuferinnen die gleiche Arbeit. Durch solche Personaleinsparungen wurden innerhalb von einem halben Jahr 20 Verkäuferinnen entlassen. Der zur Zeit amtierende Betriebsrat unternimmt keinen Versuch, an der miserablen Situation der Verkäuferinnen etwas zu ändern, da er von der Geschäftsleitung gekauft ist. Gewerkschaftliche Aktivitäten unter den Verkäuferinnen sind nicht zu finden, da für eine Verkäuferin, die bis 18.30 abends und dazu auch noch samstags arbeiten muß, kaum noch Zeit bleibt, sich politisch oder gewerkschaftlich zu betätigen.

Elektrobranche

Als kaufmännischer Angestellter arbeite ich seit einigen Jahren in einem Elektro-Großhandel in Süddeutschland. Als Zwischenhändler der Elektro-Industrie sind wir sehr stark von der Krise der Bauwirtschaft betroffen. Der Umsatz in dieser Branche ist dadurch erheblich zurückgegangen. Durch diese Lage sah sich die Geschäftsleitung natürlich außerstande, den Betrieb in der Form der letzten Jahre weiterzuführen. Es mußten Maßnahmen ergriffen werden, um den Betrieb zu retten. Wie diese Maßnahmen aussahen, kann sich jeder vorstellen. Es mußten Kollegen entlassen werden. Und es werden weitere Entlassungen folgen. Als nächstes werden es einige Lehrlinge sein, deren Berufsausbildung beendet ist, die die Papiere in die Hände gedrückt bekommen. Die Frage, warum wir uns nicht dagegen wehren, ist einfach beantwortet: wir haben keinen Betriebsrat und deshalb verständlicherweise aus Angst hat niemand den Mut, etwas dagegen zu unternehmen. Die Stimmung im Betrieb ist sehr schlecht. Es weitet sich zur Unerträglichkeit aus, immer mit den Gedanken konfrontiert zu sein, daß man irgendwann seinen Arbeitsplatz verlieren könnte. Man sieht, daß die Wirtschaftskrise niemanden verschont hat. Die Leidtragenden sind wir, die keinerlei Schuld an der Misere haben. Wir sind wiederum bedingungslos den Unternehmern ausgeliefert.

Viele Juso-Genossen, SPD-Mitglieder und junge Gewerkschafter suchen nach einer Perspektive und einer Tendenz, die nicht von heute auf morgen ihre Politik wechselt, die nicht vor Reformismus oder Stalinismus kapituliert. Diese Tendenz ist VORAN! Fordert unser Diskussionsdokument an! Abonniert VORAN! Macht eine Sammelbestellung für Eure Genossen und Kollegen! Besucht unsere regionalen Lesertreffen! Solche Lesertreffen, wie wir sie im Mai und Juni in Frankfurt, im Raum Stuttgart und in Dortmund abgehalten haben, bieten unseren Lesern die Möglichkeit, Fragen, Anregungen und Kritik mit uns zu diskutieren. Ein weiteres Treffen wird Mitte Juli stattfinden; meldet Euch rechtzeitig an und erfragt nähere Einzelheiten!

Krankenhaus

"Die Schülerinnen machen volle Krankenpflege, einschließlich Psychiatrie - was weit über unsere Ausbildung hinausgeht. Es wird von uns sogar gefordert, die Arbeit von Ärzten (die das Geld kriegen) zu machen."

Zum Beispiel?
"Zum Beispiel Narkose- und das ist gesetzlich für uns brüchlich eine Anästhesisten Ausbildung."
Was verdienst Du?
"900-1000 DM netto für einen achtstündigen Tag und zehn Tage hintereinander. Manchmal gibt's auch Nachtschicht. Gibt es Probleme unter den Kolleginnen?"

"Ja, vor allem zwischen den Verheirateten mit Kindern und den anderen; und dies wird ausgenutzt, weil die mit Kindern die angenehmere Arbeitssituation wollen, und weil die ausgebildeten sind, kriegen sie es. Doch haben wir einiges erreicht, z.B. eine Schülermitgliederversammlung für Schulinterne Fragen. Das wurde durch den KJA (Kreisjugendausschuß der ÖTV) angeregt. Es gab einige Schwierigkeiten, weil wir eine Stiftung sind, doch das haben wir überwunden, indem wir eine eigenständige Fachgruppe für diese Stiftung haben."

"Es gibt auch bei uns einen Arbeitsprozeß, weil ein Kollege angeblich einen Patienten (einen Psychiatrischen Fall) geschlagen hat. Der Patient hat ihm das Essen ins Gesicht gespuckt. Der Kollege sagte, er hätte nur abgewehrt, doch ein andere Kollege hat es weiter erzählt, und schließlich wußte der Kollege selbst nicht, ob er ihn nicht tatsächlich geschlagen hätte. Dem Kollegen wurde gekündigt, aber die ÖTV steht dahinter und der KJA macht sie noch aktiver."
Was hältst Du von den Parteien?
"Ja, ich habe mich noch nicht entschlossen; mir fehlt es an Informationen. Die DKP ist solidarisch mit den Gewerkschaften, aber im Endeffekt bieten die keine weitere Perspektive an."
Die SPD?
"Würde ich eher schon zustimmen - es ist wesentlich besser."
Und VORAN!?
"Sehr gut!"

Fortsetzung von Seite 3

Ich meine, wir haben als Gewerkschaftler nicht nur die Aufgabe, über die Vorteile und Chancen der Mitbestimmung überzeugend zu informieren. Wir haben gleichlaufend auch die Grenzen der Mitbestimmung aufzuzeigen. Tun wir das nicht, werden uns zu Recht die Mitglieder und die Öffentlichkeit für Fehler und Wirkungen verantwortlich machen, obwohl die Grundwidersprüche dieser Gesellschaft - auch die der Mitbestimmung - nicht beseitigt sind.

Ich meine, gerade die gegenwärtige Situation sollte uns Veranlassung sein, klar zu sagen, daß Mitbestimmung kein Mechanismus ist, um wirtschaftliche Krisen zu beseitigen. Sie beinhaltet auch keinen Schutzbrief für einen lebenslangen sicheren Arbeitsplatz. Dazu gehört nach wesentlich mehr."

Der Kollege Eugen Loderer hat in seinem Redebeitrag die paritätische Mitbestimmung als eine "fundamentale politische Aufgabe" und einen "entscheidenden Schritt zum Machtgleichgewicht" bezeichnet und die "gesellschaftspolitische Mitverantwortung" herausgestellt.

Aber Mitbestimmung wird nie die Grundübel dieser Gesellschaft beseitigen. Der Kollege Ernst Breit hat klar darauf hingewiesen, daß Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Rationalisierungen und Reformstopp diesen marktwirtschaftlichen System immanent sind. Die Mitbestimmung, so der Kollege Zwickel, wird dieses kapitalistische Wirtschaftssystem nie verändern. Mitbestimmung und - wie Loderer betonte - Mitverantwortung kann aber nur dazu führen, daß die angeblich gleichberechtigten Arbeitnehmervertreter für etwas die Verantwortung mittragen, das allein die Kapitalisten verantwortet haben. Wie viele Delegierte betonten, besteht zwischen der gesellschaftlichen Klassen eine unüberbrückbare Kluft. Das Kapital versucht, die Lohnkosten zu senken, die Arbeiter versuchen, sie zu erhöhen. Wie weit das Kapital bereit ist, in Krisensituationen Teile seiner Gewinne an die Arbeiter abzuführen, um Harmonie zu erwirken, zeigen uns die 20er und 30er Jah-

re, und die blutige Erfahrung der Arbeiter Chiles 1973. Die unkritischen Befürworter der Mitbestimmung übersehen oder glauben nicht an diese Kluft. Noch nie hat sich das Kapital dazu zwingen lassen, seinen Appetit auf Profit zu verringern.

Mitbestimmung in einer kapitalistischen Krise kann nur heißen Demoralisierung unter den Arbeitern, Weigerung von unerfüllbaren Illusionen.

Wie hätte eine paritätische Mitbestimmung die Krise des VW-Konzerns verhindert? Bei geschrammten Absatzmärkten und sinkenden Profiten ist es für das Kapital eine Notwendigkeit, Personal zu entlassen und die Arbeitsetz zu vergrößern.

Hätte VW nicht entlassen, so wäre das Unternehmen im kapitalistischen Sinne nicht mehr tragbar gewesen. Marktwirtschaft bedeutet Kampf um Marktanteile einzelner Giganten. Paritätische Mitbestimmung bei VW, Opel, Ford und BMW führt dazu, daß die Arbeitnehmervertreter dieser Betriebe gegeneinander ausgespielt und aufgehetzt werden. Ein einzelnes Unternehmen kann nur seine eigene Absatzlage verbessern. Indem es die Produktivität steigert, die Löhne und Sozialleistungen seiner Arbeiter senkt.

Ein vergrößerter Marktanteil eines Unternehmens bedeutet jedoch für die Arbeiter der Konkurrenzbetriebe wiederum Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Die Eroberung ausländischer Märkte durch westdeutsche Güter verlagert die Arbeitslosigkeit ins Ausland. Die Konkurrenzkämpfe der Arbeiter untereinander waren stets das größte Hindernis für sozialen Fortschritt und die Errichtung einer solidarischen sozialistischen Staatengemeinschaft. Diese Gesellschaft ist von der Herrschaft des Kapitals gekennzeichnet. Das Kapital investiert jedoch nicht um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Es wird nur dort investiert, wo Profite zu erwarten sind. Auch hier besteht ein unversöhnlicher Gegensatz zwischen dem Interesse der Arbeiter an einer geplanten Wirtschaftsordnung mit einer an den Bedürfnissen ausgerichteten Produktion und dem Chaos der kapitalistischen Produktion allein auf der Grundlage des Profits.

Die Unternehmer wehren sich mit Händen und Füßen, vor allem Gewehren gegen alle Versuche, ihre Investitionspläne zu beeinflussen und öffentlichen Kontrolle zu unterwerfen. Es ist eine Utopie zu glauben, daß man die private Verfügungsgewalt der Kapitalisten über die Produktionsmittel unangetastet lassen und gleichzeitig eine planvolle wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage der Bedürfnisse der Arbeiter einleiten kann. Dies verträgt sich ebenso wenig wie Feuer und Wasser.

Um es noch einmal klar zu sagen: Kapital und Arbeit stehen in unversöhnlichem Gegensatz zueinander. Diesen Gegensatz können die schönsten Investitionslenkungsmodelle nicht überwinden. Unzählige historische Erfahrungen haben bewiesen, daß die Kapitalisten sich nie dazu überreden oder bewegen lassen, etwas mehr Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter zu nehmen.

Eine klare Warnung an alle, die das "soziale Gewissen" der Unternehmer wachrütteln wollen, ist die Äußerung von Schleyer, Präsident der Arbeitgeberverbände, am Vorabend des DGB-Kongresses:

"Nach Ansicht von Schleyer ist sich der DGB der Gefahr noch nicht ausreichend bewußt, daß 'die Gewerkschaften ihre eigene Existenz durch ein Zuviel an Macht oder durch qualitative Veränderungen der Wirtschaftsordnung selbst gefährden können.'" (FR 26.5.75)

Schleyer spricht hier nicht als Einzelperson. Er spricht ganz klar im Namen der Kapitalistenklasse. Jeder Versuch, etwa wie in Chile, den Kapitalisten wehzutun, ohne sie zu entmachten, wird ihren schärfsten Widerstand hervorrufen. Zu starke Arbeiterorganisationen und eine kampfbereite Basis sind in der Krise immer eine direkte Bedrohung der Herrschaft des Kapitals.

Ernst Breit: "Bei der Durchsetzung der Arbeitnehmerinteressen müssen wir von einer schlagkräftigen Organisation ausgehen....Die nicht leichter werden Auseinandersetzungen um die Stellung des Arbeitnehmers in unserer Gesellschaft verlangen eine klare Sprache der Gewerkschaften, und wenn es nötig ist, auch innergewerkschaftliche Veränderungen."

Das heißt: Innengewerkschaftliche Demokratie und ein klares Kampf- und Aktionsprogramm gegen die Krise, gegen Arbeitslosigkeit, Entlassungen und Kurzarbeit. Der Kollege Heinz Oskar Vetter hat in seiner Grundsatzrede die Notwendigkeit betont, "das Recht auf Arbeit zu gewährleisten und die soziale Sicherheit vor einer rückschrittlichen Entwicklung zu bewahren." Der Kollege Georgi hat eine Herabsetzung der wöchentlichen Arbeitszeit gefordert. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung fordert einen vollen Lohnausgleich bei Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Bedeutung des Parteitags liegt nicht zuletzt darin, daß die nordhessische Partei selbstbewußter geworden ist. Es ist die Aufgabe der Marxisten, die im UB Kassel Stadt insbesondere im OV Wehrheden erfolgreich durchgeführte Politik der Verbindung der Jusos mit den in den Ortsvereinen organisierten arbeitenden Genossen zu verstärken und so in der nächsten Zeit auf breiterer Basis als bislang Alternativen zur Politik der Parteiführung aufzuzeigen. ● L.W.

Ein Programm gegen die Krise muß folgende Kernpunkte enthalten:

- Weiterer Ausbau der Sozialleistungen ohne Wenn und Aber!
- Volle Lohnfortzahlung bei Entlassungen und Kurzarbeit!
- Einen garantierten Arbeitsplatz oder vollen Lohn!
- Verteilung der vorhandenen Arbeit unter allen Arbeitern bei vollem Lohnausgleich!
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit - 40 Stunden Lohn für 30 Stunden Arbeit!
- Wenn die Kapitalisten sich weigern, diese Forderungen zu erfüllen, weil diese "überzogen" seien, dann sagen wir, das sollen sie uns erst einmal beweisen!
- Offenlegung der Geschäftsbücher! Gläserne Taschen der Unternehmer! Uns interessiert nicht das Privatkonto eines einzelnen Kapitalisten - uns interessieren alle Konten aller Kapitalisten!
- Die Krise wurde nicht von den Arbeitern verursacht, aber sie sind immer die Leidtragenden. Die alleinigen Schuldigen an der Krise sind die Großkonzerne und ihre Hintermänner.
- Zieht die Großkonzerne zur Verantwortung!
- Bittet die Bosse zur Kasse! Laßt sie die Suppe auslöffeln, die sie uns eingebrockt haben! Der Kampf gegen die Kapitalisten setzt jedoch die Einheit der Arbeiterklasse und eine kämpferische Führung voraus!
- Keine Spaltung der Arbeiterklasse Arbeitslose - Beschäftigte Männer - Frauen Deutsche - Gastarbeiter Arbeiter - Angestellte Jugendliche - ältere Arbeiter!
- Eine entschlossene Arbeiterführung ohne materielle Privilegien!
- Kein Funktionär darf mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn!
- Unsere Gesellschaft wird beherrscht durch einen verschwindend kleinen Haufen von Kapitalisten, der sich von uns allen ernährt und im Namen des Profits bereit ist, Hunger und Elend unter die Arbeiterfamilien zu bringen!
- Entmachtung der Kapitalistenklasse durch Verstaatlichung der Großkonzerne, Banken und Versicherungen.
- Entschädigung der bisherigen Besitzer nur in Höhe der Sozialleistungen die sie den Arbeitslosen zugestehen!
- Zusammensetzung der Aufsichtsräte der verstaatlichten Firmen aus einem Drittel Belegschaftsvertreter, einem Drittel DGB-Vertreter und einem Drittel Delegierte der Bundesregierung!
- Für eine geplante Wirtschaftsordnung mit demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung!
- Produktion nur auf der Grundlage der tatsächlichen Bedürfnisse!
- Internationale Planung und Lenkung der Produktion!
- Voran zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! HT

BEZIRKSKONFERENZ HESSEN-NORD

Als sich die Delegierten des ordentlichen Parteitages des Bezirks Hessen Nord am 5/6.6. in der Kassler Stadthalle versammelten, war es bereits klar, an welcher Frage sich die kontroverse Diskussion um die Jungsozialisten entzünden würde. Höhepunkt des Parteitages war wie von allen Seiten erwartet die Diskussion über die Berufsverbotspraxis in Hessen. Der Genosse Horst Peter (UB Kassel Stadt) begründete den Kasseler Antrag gegen die Berufsverbote. Der neue Kasseler OB, Gen. Hans Eichel, unterstützte den Antrag, indem er darauf hinwies, daß bei einer Versammlung der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer in Südhessen mit H. Krollmann ein Video-Recorder der Polizei aufgestellt wurde (dem wurde von Kultusminister Krollmann nicht widersprochen), daß Studenten heute Angst hätten, an Matkungen des DGB teilzunehmen, daß Berufsverbote schließlich in einer Zeit wirtschaftlicher Krisenerscheinungen den kritischen Kollegen in den Betrieben den Mund stopfen würden.

Der rechte Parteiflügel reichte durch den bekannten H. Heussner (UB Kassel-Land) einen "Änderungsantrag" ein, der sich für die Fortsetzung der hessischen Berufsverbotspraxis aussprach, also kein Abänderungsantrag, sondern ein völlig neuer, entgegengesetzter Antrag war.

Schließlich stimmten erheblich mehr Delegierte gegen den sogenannten Abänderungsantrag der Rechten als Jusos auf dem Parteitag vertreten waren. Dies zeigt den wachsenden Einfluß von Positionen, die der Politik des rechten Flügels ablehnend gegenüberstehen. Diese Positionen lassen mehrheitlich zwar noch eine klare marxistische Orientierung und ein klares marxistisches Kampfprogramm vermissen, sie bedeuten jedoch auf jeden Fall eine Abwendung vieler Delegierter von der bislang üblichen Praxis der Parteitage in Hessen Nord, die Politik des Vorstandes als der Sozialdemokratie letzter Weisheit zu akzeptieren.

- Ich möchte:
- o Diskussionsdokument
- o Plakat
- o Jahresabo
- o Information über Sammelabo
- o Kontakt aufnehmen
- o Über Lesertreffen in meiner Nähe informiert werden

Impressum

Jahrgang III Nr 10
Erscheint 1975 monatlich
Verantwortlich im Sinne des Presserechts
H. Thielmann, 5 Köln 30, Nußbaumerstr 39
Redaktionsanschrift:
VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!
46 DORTMUND 1, Postlagerkarte A 056998.
Bankverbindung: Postscheckamt Köln
Konto Nummer 1801 - 68 - 500 H Thielmann

Ich möchte mehr über VORAN! wissen. Bitte schickt mir von dieser Ausgabe.....zusätzliche Exemplare für meine politische Arbeit.

NAME
ADRESSE

voran ÜBERREGIONALE, MARXISTISCHE ZEITUNG zur sozialistischen demokratie

DIE HERAUSGEBER VON 'VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE' SIND ALLE AKTIVE JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD. Wir versuchen, eine konsequente, marxistische Politik bei den Jusos und in der SPD durchzusetzen. Schon im Dezember 1973 warnten wir, daß das SPD-Reformprogramm nur dann wirksam werden könnte, wenn die SPD-Führung bereit wäre, die organisierte Arbeiterbewegung zu mobilisieren und die Großkonzerne und Banken unter demokratischer Verwaltung und Kontrolle zu verstaatlichen. Wir treten für eine echte sozialistische Demokratie und für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa ein.

VORAN! bietet eine sprachlich verständliche, überregionale marxistische Zeitung an, die Berichte aus der in- und ausländischen Arbeiterbewegung, Artikel über Jusos, SPD und Gewerkschaft über Geschichte und Theorie bringt. Für Juso-AGs bieten wir Sammelabos zu ermäßigten Preisen an.
5 Expl.-DM 3,50; 10 Expl.-DM 6,50
15 Expl.-DM 9,50; 20 Expl.-DM 12,50

ABONNIERT VORAN

- ABO 6 Ausg. DM 6,30 (frei Haus)
- Bitte Probeexemplar + P'liste.
- KONTO: H Thielmann P'schkamt KÖLN
Kontonummer: 1801 - 68 - 500.
- REDAKTION: VORAN!, 46 DORTMUND 1
Postlagerkarte A 056998.

VORAN PLAKAT

Europakarte mit der Parole:
VORAN ZU DEN VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA
Abbildungen Marx, Liebknecht, Lux.
Stückpreis DM 1,50 zzgl. Porto.
Din B2, Zweifarbig.
Bestellungen an:
VORAN zur sozialistischen Demokratie
46 Dortmund 1,
Postlagerkarte A 056998

